

Mediencommuniqué vom 29. Januar 2009

MV will neues Wohn(bauförderungs)gesetz lancieren:

«Wohnen für alle» gesetzlich garantieren

Der MV Basel schlägt ein neues Wohnbauförderungsgesetz oder Wohngesetz (Woge) vor. Es soll die bisherigen Inhalte der das Wohnen betreffenden Gesetze zusammenfassen, vereinheitlichen und auf eine moderne Grundlage stellen.

Der MV Basel reagiert auf diverse politische Aussagen der letzten Zeit, «an sich richtige Anliegen» die Mieterschaft betreffend seien «im falschen Gesetz» oder «in der falschen Form» präsentiert worden. Mit einem Vorstoss für ein neues Wohnbauförderungs- oder Wohngesetz will er die Chancen auf Öffnung nutzen, welche sich durch den regierungsrätlichen Neubeginn mit einem langjährigen ehemaligen MV-Vorstandsmitglied sowie einem weiteren sich klar zum Genossenschaftsgedanken bekennenden Regierungsrat für die Basler Wohnpolitik ergeben.

Wohnbauförderung, Wohnraumerhaltung, Wohnanteil und Zonenplan gebündelt

In einem neuen Wohnbauförderungsgesetz sollen die wesentlichen mietrechtlichen und wohnpolitischen Inhalte des kantonalen Wohnbauförderungsgesetzes, des kantonalen Wohnraumerhaltungsgesetzes (GAZW) sowie der heutigen Verordnung zum Wohnanteilplan zusammengefasst und «modernisiert» fortgeschrieben werden. Ebenfalls sollen in dieses neue WOGÉ relevante Ansätze weiterer gesetzlicher Regelungen einfließen, so unter anderem aus den Bereichen Energieeffizienz, Zonen- und Luftreinhalteplanung sowie dem Baurecht.

Niemand vom Wohnungsmarkt ausschliessen

Das neue WOGÉ soll darauf zielen, genügend Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen zu erhalten und neu zu schaffen:

- > Strukturell soll das WOGÉ dem Staat ermöglichen, sowohl genossenschaftlichen wie auch privaten und gemeinnützigen Wohnraum auf der Basis der Kostenmiete zu schaffen und zu fördern.
- > Quantitativ soll das WOGÉ Wohnmodelle garantieren mit Mietzinsen im preisgünstigen Segment sowie für den (nicht gehobenen) Mittelstand.
- > Qualitativ soll das WOGÉ ausschliesslich sozial abgedeckte Energieeffizienzsanierungen schützen und umwelt- und/oder sozial belastende Billig- und Misch-Sanierungen gänzlich verhindern oder zumindest erschweren.

Frühzeitig das WOGÉ debattieren

Der MV Basel betont, dass er seine Vorstellungen über ein neues WOGÉ frühzeitig in die politische Debatte einbringen will. Er erfüllt damit einen Auftrag, der sich sowohl aus dem hohen Ja-Stimmenanteil zur Mietwohnschutzinitiative 2008 ergibt wie auch aus seiner wachsenden Zahl von Mitgliedern aus sämtlichen Bevölkerungsschichten.
